

100604 - Gi All - Basaltwerk

## Basaltwerke Nickel: Arbeitsgruppe soll Konflikt entschärfen

Rot-Grün macht Vorschläge zur Reduzierung von Emissionen nicht nur in Steinheim und findet eine breite Mehrheit

Hungen (us). Mit rund 30 Zuhörern war die Stadtverordnetenversammlung am Dienstag im Bürgerhaus Rodheim ungewöhnlich gut besucht. Nicht nur die anvisierte Zusammenlegung der Bauhöfe von Lich und Hungen (siehe Bericht auf dieser Seite) stieß auf Interesse, sondern auch ein gemeinsamer Antrag von SPD und Grünen zur Verkehrsbelastung in der

Ortsdurchfahrt Steinheim und die Emissionen durch die Basaltwerke Nickel. Die Vorschläge der beiden Fraktionen zur Reduzierung von innerörtlichem Verkehr (nicht nur in Steinheim) und zur Minderung der von dem Steinbruch ausgehenden Belästigungen wurde mit breiter Mehrheit bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der Freien Wähler verabschiedet.

Der Antrag, dem Gespräche mit der Bürgerinitiative »Steinwidder« vorausgegangen waren, gliederte sich in drei Themenkomplexe. Der erste macht Vorschläge zur Entlastung von stark befahrenen Ortsdurchfahrten, nicht nur in Steinheim. Angeregt wird die Installation von festen Gehäusen für Geschwindigkeitsmessanlagen und die Anschaffung von Hinweistafeln mit eingebautem Schallpegelmessgerät. Die Messungen sollen in unregelmäßigen Abständen vorgenommen werden. Denkbare Einsatzorte seien neben Steinheim auch Inheiden, Utphe und Nonnenroth, sagte Gunter Schmidt (SPD), der die Vorschläge gemeinsam mit Frank Bernshausen (Grüne) erläuterte.

Der zweite Teil des Antrags bezieht sich konkret auf die Ortsdurchfahrt Steinheim. Hier re-

gen SPD und Grüne den Einbau von Verkehrsinseln an beiden Ortseinfahrten und die Einführung von Tempo 30 in der gesamten Ortslage an. Zudem soll geklärt werden, inwieweit der Steinbruch in Unter-Widdersheim direkt an die B 455 angebunden werden kann.

Zur Reduzierung der Emissionen, die vom Steinbruch selbst ausgehen, schlagen SPD und Grüne eine Arbeitsgruppe vor. In ihr sollen Mitglieder der Bürgerinitiative, des Magistrats, der Stadtverwaltung, der Fraktionen sowie der Ortsvorsteher von Steinheim und die Geschäftsführung der Basaltwerke gemeinsam erörtern, ob die Auflagen (Betriebszeiten, Schutz vor Lärm, Staub, Geruch) eingehalten worden sind und welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden können. Ausdrücklich wird gefordert, der Ar-

beitsgruppe die Unterlagen der Genehmigungsbehörden zur Verfügung zu stellen.

Die CDU und die meisten Stadtverordneten der Freien Wähler befürworteten die Vorschläge von Rot-Grün. Kritisch merkten allerdings sowohl Norbert Marsfelde (CDU) als auch Heiko Fritz (Freie Wähler) an, dass Bürgermeister Klaus Peter Weber von der BI mehrfach zum Handeln aufgefordert worden sei – bislang ohne greifbares Resultat. »Er soll seine Hausaufgaben machen«, forderte Fritz. Eine Arbeitsgruppe wurde von Marsfelde ausdrücklich begrüßt, zumal auch die Geschäftsleitung der Basaltwerke Interesse an einem Runden Tisch geäußert habe. Bei einigen der anderen Vorschläge hingegen handele es sich um Willenserklärungen, die nicht alle zu realisieren seien.

Gi Allgem. 4. 6. 2010